

Univ.-Prof. Dr. Cosima Möller

Vorlesung Verbraucherprivatrecht im Sommersemester 2008

dienstags 14.15 – 15.45 Uhr

Beginn: 15.4.2008

## A. Einführung

- I. Ziel der Veranstaltung
- II. Zum Begriff: Verhältnis zum klassischen Zivilrecht
- III. Geschichtliche Hintergründe: von den kurulischen Ädilen über das AbzG zu Präsident Kennedys Verbraucherbotschaft
- IV. Rechtsschichten: nationales und europäisches Recht
  1. Historische Abfolge der Verbraucherschutzgesetzgebung
  2. Der Einfluß des Europarechts
- V. Die Integration in das BGB durch die Schuldrechtsreform vom 1.1.2002 und das OLG-VertretungsänderungsG vom Juli 2002
  1. Pro und Contra
  2. Die Regelungsbereiche im einzelnen
  3. Neuregelung des Widerrufs und der Rückgabe, einschließlich der verbundenen Verträge, §§ 355 ff.
  4. Allgemeine Tendenzen bei der Integration in das BGB
    - a) Informationspflichten
    - b) Zwingendes Recht
  5. Nachbesserungen im OLG-VertretungsänderungsG: Reaktion auf die Heininger-Rechtsprechung des EuGH
- VI. Durchsetzungsmöglichkeiten

## B. Allgemeiner Teil

- I. Persönlicher Anwendungsbereich
  1. Verbraucher, § 13 BGB
  2. Unternehmer, § 14 BGB
  3. Existenzgründer, § 507 BGB
  4. Arbeitnehmer
  5. Persönlicher Anwendungsbereich der Regelungen zu den AGB
  6. Persönlicher Anwendungsbereich des Reisevertragsrechts

## II. Sachlicher Anwendungsbereich

1. Schutz aufgrund der Verhandlungssituation
2. Schutz wegen des Vertragsinhalts
3. Ausnahmen

## III. Typische Instrumente – ein Überblick

1. Form
2. Information
3. Ausgestaltung als zwingendes Recht
  - a) Unabdingbarkeit
  - b) Umgehungsverbot
4. Widerruf, § 355, und Rückgabe, § 356
  - a) Regelungstechnik
  - b) Voraussetzungen des Widerrufs
    - aa) Widerrufsrecht
    - bb) Widerrufserklärung
    - cc) Widerrufsfrist
  - c) Besondere Voraussetzungen der Rückgabe
  - d) Rechtsfolgen, § 357
  - e) Hinweis auf Besonderheiten für verbundene Verträge, §§ 358, 359, insbes. zum Schadensersatz bei unterbliebener Widerrufsbelehrung

## C. Haustürgeschäfte

### I. Vorgeschichte des § 312 BGB

1. Das HaustürWG
2. Zweck des HaustürWG
3. Die Richtlinie 85/577/EWG

### II. Anwendungsbereich

1. Persönlicher Anwendungsbereich
2. Sachlicher Anwendungsbereich
  - a) Drei Fallgruppen
  - b) Ausnahmen

### III. Instrumente des Verbraucherschutzes

1. Widerrufsrecht und Rückgaberecht
  - a) Belehrung über das Widerrufsrecht
  - b) Das Merkmal des „Bestimmtwerdens“
  - c) Einwirkung durch Dritte auf Unternehmerseite
  - d) Einwirkung auf Dritte auf Verbraucherseite
2. Umgehungsverbot und zwingendes Recht, § 312f

3. Vorrang spezieller Regelungen, § 312a

4. Gerichtsstand, § 29c ZPO

#### D. Fernabsatzverträge und elektronischer Geschäftsverkehr (e-commerce)

I. FernabsatzG und europäische Richtlinie, die Vorgeschichte von §§ 312b-d

II. Sachlicher Anwendungsbereich, § 312b

III. Informationspflichten, § 312c und § 1 BGB-InfoV

IV. Besondere Pflichten im elektronischen Geschäftsverkehr, § 312e

1. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich

2. Bestätigung der Bestellung

3. Berichtigungsmöglichkeit bei Eingabefehlern

V. Insbesondere Auktionen im Internet

VI. Besonderheiten beim Widerrufs- und Rückgaberecht, § 312d

VII. Die Veränderungen durch das Gesetz zur Änderung der Vorschriften über Fernabsatzverträge bei Finanzdienstleistungen

#### E. Verbraucherkreditrecht

I. Vom AbzG über das VerbrKrG zu §§ 491 ff. BGB

1. Sachlicher und persönlicher Anwendungsbereich

2. Instrumente des Verbraucherschutzes im AbzG

a) Realisierte Instrumente

b) Diskutierte Instrumente

c) Neu eingeführte Instrumente

II. Das VerbrKrG und die Verbraucherkreditrichtlinie 87/102 vom 22.6.1986

1. Veränderungen der wirtschaftlichen Lage

2. Vorgeschichte des VerbrKrG

3. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich

4. Instrumente des Verbraucherschutzes:

Informationspflicht, Schriftform, Widerrufsrecht des Verbrauchers, Anrechnung von Teilleistungen, Verzugsfolgen

III. Veränderungen durch das Schuldrechtsmodernisierungsgesetz im Überblick

1. Die neue Systematik: Verbraucherdarlehen, Finanzierungshilfen und Ratenlieferungsverträge

2. Die Stellvertretung, § 492 IV BGB

3. Immobiliendarlehensverträge, § 492 Ia 2 BGB

IV. Die neue Verbrauchercreditrichtlinie vom 16.1.2008

V. Die geltende Regelung für Verbraucherdarlehensverträge im einzelnen, §§ 491 ff. BGB

1. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich

2. Schriftform, § 492 I 1-4

3. Informationspflichten, § 492 I 5

4. Besonderheiten bei der Vollmacht

5. Rechtsfolgen von Formmängeln, § 494

a) Nichtigkeit, § 494 I

b) Heilung – Voraussetzungen und Wirkungen, § 494 II

c) Besonderheiten bei der Vollmacht

6. Widerrufsrecht, § 495

7. Modifizierte Verzugsfolgen, §§ 497 f.

8. Schutz des Darlehensnehmers vor der Aufgabe von Gegenrechten, § 496

VI. Darlehensvermittlungsverträge, § 655a-e

VII. Finanzierungshilfen, §§ 499 ff.

1. Regelungstechnik

2. Zahlungsaufschub und sonstige Finanzierungshilfen

3. Finanzierungsleasingverträge, § 500

a) Begriff und Rechtsnatur des Finanzierungsleasing

b) Klauselkontrolle

c) Spezifisch verbraucherkreditrechtliche Vorschriften

d) Anwendbarkeit der Regeln über die verbundenen Verträge

4. Teilzahlungsgeschäfte, §§ 501 ff.

a) Form- und Informationsvorschriften

b) Rechtsfolgen bei Mängeln

c) Modifikationen im Fernabsatz

d) Option Rückgabe

e) Folgen des Verzugs mit Ratenzahlungen, insbes. der Rücktritt des Unternehmers,  
§ 503 II BGB

VIII. Ratenlieferungsverträge, § 505

1. Ort der Regelung

2. Voraussetzungen

3. Rechtsfolgen

## F. Verbundene Verträge: “Zwei gegen Einen”

- I. Von den drittfinanzierten Abzahlungsgeschäften über die Regelung der verbundenen Geschäfte in § 9 VerbrKrG zu den verbundenen Verträgen nach §§ 358, 359 BGB
  1. Einführung: die problematische Konstellation
  2. Die Regelung der „Verbundenen Geschäfte“ im VerbrKrG, § 9
  3. Die Regelung im BGB
    - a) Erstreckung des Widerrufs auf den verbundenen Vertrag, § 358 I und II
    - b) Tatbestand des verbundenen Vertrags, § 358 III
    - c) Rückabwicklung nach Widerruf, § 358 IV
    - d) Einwendungen, § 359
  4. Rückabwicklung nach Geltendmachung von Einwendungen aus dem Kaufvertrag oder aus dem Darlehensvertrag, §§ 812 ff.
- II. Aktuelle Beispiele aus der Rechtsprechung
  1. Zum Rückforderungsdurchgriff
  2. Zur Rückabwicklung bei kreditfinanzierten Immobilienfondsbeitritten

## G. Verknüpfung von BGB und Verbraucherschutz bei mehr als Zwei-Personen-Verhältnissen: “Einer gegen Zwei”

- I. Das Recht der Stellvertretung und der Verbraucherschutz
  1. Der Normalfall und die problematischen Konstellationen
  2. Anwendbarkeit des Verbrauchervertragsrechts beim Einsatz von Stellvertretern
    - a) Die BGH-Urteile vom 2.5.2000
    - b) Argumente der Oberlandesgerichte zugunsten des Verbraucherschutzes
      - aa) Kausalität der Haustürsituation für den Abschluß des Darlehensvertrages
      - bb) Zurechnung der Haustürsituation
    - c) Argumentation in der Literatur
      - aa) Formale Argumentation pro und contra
      - bb) Prinzipielle Argumentation
    - d) Die neuere Entwicklung der Rechtsprechung
  3. Einfluß der verbraucherschützenden Vorschriften auf die Bevollmächtigung – die Rechtslage nach der Schuldrechtsreform
    - a) Der Federstrich des Gesetzgebers – Korrektur der Rechtsprechung
    - b) § 492 IV S. 1: der persönliche Anwendungsbereich
    - c) § 492 IV S. 2: Reichweite der Ausnahmen
    - d) Möglichkeiten und Grenzen analoger Anwendung
    - e) Rechtsfolge Nichtigkeit – Konsequenzen für das Vertretergeschäft
  4. Andere Lösungen in der Rechtsprechung: Nichtigkeit von Treuhändervollmachten, keine Duldungsvollmacht

## II. Bürgschaft und andere persönliche Sicherungsrechte: Mitverpflichtung Dritter

### 1. Schuldbeitritt

### 2. Schuldübernahme

### 3. Unterfällt die Bürgschaft dem VerbrKrG bzw. §§ 491 ff.?

- a) Der Vorlagebeschluß des LG Potsdam
- b) Die Entscheidung des EuGH (Berliner Kindl/Siepert), EuGH NJW 2000, 1323 ff.
- c) Stellungnahmen zu der EuGH-Entscheidung
- d) Das Urteil des BGH zur Bürgschaft für einen geschäftlichen Kredit
  - aa) Gesamtbetrachtung
  - bb) Vergleich der Bürgschaft mit dem Schuldbeitritt
  - cc) Kritik in der Literatur
  - dd) Der Bürgenschutz als Gleichbehandlungskriterium

### 4. Unterfällt die Bürgschaft dem HaustürWG bzw. § 312?

- a) Das EuGH-Urteil (Dietzinger)
  - aa) Der Sachverhalt
  - bb) Rechtsansichten der Prozeßbeteiligten
  - cc) Entscheidungsgründe
- b) Stellungnahme zu dem Urteil und Überlegungen zum Unterschied zwischen dem HaustürWG und dem VerbrKrG
- c) Die Rechtsprechung des BGH seit 2006

## H. Der Verbrauchsgüterkauf, §§ 474 ff. BGB

### I. Europarechtliche Vorgaben: Verbrauchsgüterkaufrichtlinie 1999/44/EG

### II. Persönlicher und sachlicher Anwendungsbereich

### III. Abweichungen von den allgemeinen Vorschriften

#### 1. Gefahrübergang

#### 2. Vertragliche Haftungsbeschränkungen, Garantien

#### 3. Vermutung der Mangelhaftigkeit zur Zeit des Gefahrübergangs

### IV. Regreß des Unternehmers beim Lieferanten

## I. Teilzeit-Wohnrechteverträge, §§ 481 ff. BGB

## J. Reisevertragsrecht, §§ 651a ff. BGB

### I. Einführende Bemerkungen

### II. Die Regelung des Reisevertrags im BGB

#### 1. Die Lösung vom Vertrag

- a) Vor Reiseantritt
- b) Nach Reiseantritt

#### 2. Rechtsfolgen eines Reisemangels

#### 3. Sicherung von Ansprüchen des Reisenden, § 651 k

### III. Die Pauschalreiserichtlinie und die Folgen ihrer verspäteten Umsetzung in deutsches Recht

1. Die Richtlinie 90/314/EWG des Rates über Pauschalreisen
2. Die Dillenkofer-Entscheidung des EuGH vom 8.10.1996

### IV. Der Sicherungsschein nach Art. 7 der Pauschalreiserichtlinie und nach § 651 k BGB und die AGB-Kontrolle

### V. Gastschulaufenthalte, § 651l

## K. Sondervorschriften mit wettbewerbsrechtlichem Charakter

### I. Zur Begrifflichkeit

### II. Unbestellte Leistungen, § 241a BGB

1. Umsetzung von Art. 9 FernabsatzRL
2. Sachlicher Anwendungsbereich
3. Ausschluß vertraglicher Ansprüche
4. Ausschluß gesetzlicher Ansprüche?

### III. Gewinnzusagen, § 661a BGB

1. Regelungsbedarf und Wirkungsweise
2. Anwendungsbereich
3. Gerichtsstand